

Liebe Milchbäuerinnen und Milchbauern, liebe Interessierte,

Zum gegen-wärtigen Zeitpunkt und als irischer und europäischer Landwirt geht mir ständig der alte chinesische Segensspruch bzw. Fluch durch den Sinn: „Mögest du in interessanten Zeiten leben“.

Es ist zu bezweifeln, ob irgendeine andere Zeit in der jüngeren Geschichte so viele „interessante“ Dilemmata für die irischen Landwirte aufgeworfen hat. Gerade eben – quasi während dieser Artikel entsteht – meldete der staatliche Sender RTE, dass die Europäische Kommission an einem Szenario für die Zeit nach dem Brexit arbeitete, das für die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie allgemein weiterhin eine „Ganz-Irland“-Politik vorsehe. Die Notiz, die durchgesickert ist und aus dem Büro des Kommissionspräsidenten kommen soll, scheint zu postulieren, dass der grenzübergreifende Handel mit Gütern zwar Zollkontrollen unterliegen soll, die Landwirtschaft aber bei den Kontrollen zwischen Nordirland und Großbritannien anders behandelt werden könnte. Dazu müsste Nordirland alle Rechtsvorschriften der EU zur Tiergesundheit und Nahrungsmittelsicherheit erfüllen – samt den entsprechenden Überprüfungen aller Nahrungsmittel, die aus Großbritannien nach Nordirland kommen. Dieses Szenario berührt offensichtlich große politische Befindlichkeiten und man kann sich leicht vorstellen, dass die Unionisten-Parteien es als Schwächung ihres integrierten Status innerhalb des Vereinigten Königreichs werten könnten. Aber es würde sicher die unmögliche Herausforderung umschiffen, einen Agrar- und Nahrungsmittelsektor zu entwirren, der de facto bereits die gesamte irische Insel umfasst.

Die Frage der Nahrungsmittelstandards führt uns auch zu den Berichten, dass die EU kurz davor steht, den südamerikanischen Erzeugern als Teil des Mercosur-Prozesses eine Quote von 70.000 Tonnen Rindfleisch anzubieten. Insbesondere bei Rindfleisch und anderen Fleischexporten aus einigen der Länder, die vermutlich Hauptquelle der 70.000 Tonnen sein werden, hat sich mehrfach erwiesen, dass man den Sicherheitsstandards nicht trauen kann.

Der irische Milcherzeugerverband ICMSA arbeitet derzeit außerdem hart daran, die jüngsten Nitratverordnungen der irischen Regierung zu verändern und den Prozess mit der tagtäglichen Realität auf einem Betrieb in Einklang zu bringen. Wir haben unseren Verarbeitern auch signalisiert, dass wir ungeachtet der letzten Global Dairy Trade Auktion (-2.4%) anhand der zugrundeliegenden Marktindizes und insbesondere der langfristigen Nachfrage und Stärke des Buttermarkts von einer weiteren Preissteigerung für die im September gelieferte Milch ausgehen. Irland steht in der Milchpreisliga der EU auf dem 11. Tabellenplatz – das ist angesichts unserer ein Jahrzehnt zurückliegenden Umstellung auf eine wertschöpfende Verarbeitung und der auf Weidehaltung basierenden Erzeugung untragbar. Wir bekommen immer noch nicht den Preis, den wir faktisch erhalten sollten. Wir werden erst dann Ruhe geben, wenn das behoben ist.

John Comer, EMB Vorstandsmitglied und Präsident ICMSA, Irland

EMB Newsletter Oktober 2017

- Auch Molkereien sollten mehr für Butter zahlen
- Politische Aktionen des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter
- Nestlé's Gewinnmargenziel von 18,5% bis 2020 wird sich an der Marge der Bauern bedienen
- Der richtige Kurs für die norwegische Landwirtschaft
- Absurdes Polittheater in der Schweizer Agrarpolitik
- Amerikanische Milchwirtschaft uneins in der Frage der Mengensteuerung in Kanada
- "Ein Engel geht auf Reisen"

Contact

EMB - European Milk Board asbl

Rue du Commerce 124

B-1000 Brussels

Phone.: +32 - 2808 - 1935

Fax: +32 - 2808 - 8265

office@europeanmilkboard.org

www.europeanmilkboard.org

Auch Molkereien sollten mehr für Butter zahlen

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert höhere Bezahlung für fettreiche Milch. Verarbeiter sollen Marktsignale an Bauern weitergeben, auch angesichts wieder wachsender Pulverberge.

Butter ist wertvoll geworden. Im Laden werden für das 250-Gramm-Päckchen knapp zwei Euro bezahlt. Entsprechend hoch sind die Erlöse der Molkereien für das begehrte Milchfett. Ganz anders ist die Situation bei der Eiweißkomponente der Milch. Die Notierung für Magermilchpulver klebt am staatlichen Interventionspreis fest. Die EU vergrößert derzeit durch staatlichen Aufkauf ihren Magermilchpulverberg noch weiter, auch in Deutschland¹.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert von den Molkereien, auf diese unterschiedlichen Marktentwicklungen zu reagieren und den Milchbauern durch eine andere Preisgestaltung die aktuellen Marktanreize weiterzugeben.

Milch mit hohen Fettgehalten muss gezielt besser bezahlt werden. Der Markt braucht nicht insgesamt mehr Milchmenge, sondern honoriert seit Monaten speziell das Fett. Die Molkereien aber senden an die Bauern weiterhin das gegenteilige Signal. Sie bewerten den Prozentpunkt Eiweiß in der Rohmilch etwa doppelt so hoch wie den Prozentpunkt Fett. Das widerspricht dem Markt und muss von den Molkereien korrigiert werden.

Die Milcherzeuger könnten über eine angepasste Futterzusammensetzung durchaus auf solche geänderten Marktsignale aktiv reagieren. Über höhere Rohfaseranteile wie Heu oder Grassilage und geringere Kraftfuttergaben lässt sich der Fettgehalt der Milch erhöhen. Das senkt zwar die Milchmenge insgesamt, aber bei einer höheren Fettvergütung würde sich das für die Milchbauern rechnen. Angesichts der Pulverberge und wieder steigender Milchmengen in Norddeutschland wäre das auch für den Gesamtmarkt ein gutes Signal.

Ottmar Ilchmann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Deutschland

¹ Anm. der Redaktion: seit Ende August wird Magermilchpulver wieder verstärkt in die öffentliche Intervention angeboten, v.a. in Frankreich, Deutschland, Polen, Niederlande, Litauen, Belgien, Vereinigtes Königreich und Lettland.

Politische Aktionen des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter

BDM- (Ver-)PULVER-Tour

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter führt seit dem 25. August mehrere „Milch (Ver-)pulver-Aktionen“ in unterschiedlichen Bundesländern unter dem Motto „Marktverantwortung statt Pulver-Irrsinn“ durch.

Dabei lassen sich die Milchviehhalter bildstark von Milchpulversäcken „einklemmen“ und wirbeln mit Gebläsen große Milchpulver-Staubwolken auf, um auf die gewaltigen Magermilchpulverbestände in der öffentlichen Intervention der Europäischen Union in Höhe von ca. 360.000 Tonnen aufmerksam zu machen. Die Spekulation, dass diese Bestände in den nächsten Wochen und Monaten ausgelagert und auf den Markt gebracht werden sowie eine weiterhin umfangreiche Milchpulverproduktion, verhindern nach wie vor eine deutlichere Erholung der Magermilchpulverpreise und damit auch eine deutliche Steigerung der Erlöse für uns Milcherzeuger. Beendet werden die Pulver-Aktionen mit einer Großkundgebung vor der bayerischen

Staatskanzlei in München am 9. Oktober 2017.

[Fotos der Aktionen](#)

Milchsonderbeihilfe für Nichtsteigerung der Kuhmilchmenge

Im Rahmen des nationalen Teils des zweiten EU-Hilfspakets für den Milchmarkt konnten deutsche Milcherzeuger, welche von Februar bis April 2017 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ihre Milchmenge nicht steigerten, bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eine Beihilfe beantragen. Die Milchsonderbeihilfen in Höhe von 0,88 Cent je kg Milch (bezogen auf die Jahresmilchmenge November 2015-2016) wurden ab der zweiten Septemberwoche an die Antragsteller ausbezahlt. Insgesamt werden 115,9 Millionen Euro ausgezahlt; die EU-Hilfen von knapp 58 Millionen Euro wurden aus Bundesmitteln verdoppelt.

BDM-Milchbäuerin diskutiert mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Livesendung

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 stellte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in der ARD-Sendung „Wahlarena“ am 11. September Fragen des Publikums. Dabei hatte auch die Milchbäuerin Ursula Treede (52) aus Schleswig-Holstein die Gelegenheit, der Bundeskanzlerin vor Millionen von Fernsehzuschauern über die desaströsen Folgen der Milchmarktkrise der Jahre 2015 und 2016 zu berichten und Fragen zur Milchmarktpolitik der Bundesregierung zu stellen. Die Bundeskanzlerin versprach einen Besuch am Hof, um die Diskussion vertiefen zu können.

Agrarministerkonferenz in Lüneburg

Vom 27.-29. September 2017 fand die Herbstkonferenz für Agrar- und Forstwirtschaft sowie ländliche Entwicklung statt, in der die Agrarministerinnen/Agrarminister des Bundes und der Länder vertreten sind. Auch der BDM war wieder bei der Agrarministerkonferenz präsent und hat dort in einer bildstarken Aktion auf die großen Magermilchpulverbestände in der öffentlichen Intervention der EU aufmerksam gemacht und sich für die Einrichtung zeitlich befristeter Mengendisziplinmaßnahmen für den EU-Milchmarkt eingesetzt (EMB Marktverantwortungsprogramm).

Florian Wagle, Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), Deutschland

Nestlé's Gewinnmargenziel von 18,5% bis 2020 wird sich an der Marge der Bauern bedienen

Der weltweit agierende Schweizer Nahrungsmittelkonzern gab jüngst bekannt, das Gewinnziel für 2020 bei 17,5 bis 18,5 Prozent Marge festzulegen. Es könnte klarer nicht sein, wer "blechen" muss, damit Nestlé – der Inbegriff eines multinationalen Konzerns – diese sehr beträchtliche Gewinnmarge erzielen kann.

© Pixabay

Berichte, dass Nestlé beschlossen hatte, auf Druck von Investmentfond-Aktionären eine Marge festzulegen, während gleichzeitig mit keiner Silbe von einer Erhöhung der Einzelhandelspreise in dieser Zeit geringer Inflation gesprochen wurde, muss bedeuten, dass es aus Sicht des Unternehmens nur einen Weg gibt, um diese großzügige zweistellige Gewinnmarge zu erzielen: ein gnadenloser Angriff auf die Margen derjenigen, die Nestlé Rohstoffe zur Weiterverarbeitung liefern.

Nestlé verkündet hier de facto, dass das Unternehmen beabsichtigt, die Margen rückwärts bis zu den Primärerzeugern zu diktieren und zu beschneiden, während die über den Verbraucherpreis im Einzelhandel erzielte Marge gleich gehalten oder sogar noch gesteigert wird. Nestlé sagt jedem, der es wissen will, dass man die eigene Gewinnmarge zulasten derjenigen "aufstocken" möchte, die die Milch, das Getreide und all die anderen Rohstoffe liefern, die landwirtschaftliche Familienbetriebe erzeugen.

Nachhaltigkeit ist das Modewort, das die großen, weltweit operierenden Nahrungsmittelkonzerne gern in den Mund nehmen. Aber es drängt sich die einfache Frage auf, wie man wohl Nachhaltigkeit mit einer Strategie erreichen will, wie der von Nestlé, die offen auf die ohnehin schon mageren Margen abzielt, die Familienbetriebe erzielen können. Die Tatsache, dass ein mächtiger und reicher Konzern so unnahbar sein und sich einfach über jeden Appell zur Fairness hinwegsetzen kann, ist sehr aussagekräftig und zeigt, wie wenig Skrupel diese Konzerne haben (wenn sie überhaupt welche haben), ihr eigenes Geschäft zu machen und in den vor- wie auch nachgelagerten Bereichen der Wertschöpfungskette die Margen zu diktieren. Falls die EU-Kommission immer noch Zweifel an der Notwendigkeit gehabt haben sollte, die Margen in der Wertschöpfungskette zu regulieren, muss diese Ankündigung wie ein weiterer Weckruf wirken. ICMSA und die irischen Landwirte hoffen sehr, dass im Konsultationsverfahren der Kommission zur Frage, wie man die Margen innerhalb der Nahrungsmittel-Lieferkette gerechter machen kann, diese Ankündigung von Nestlé und ihre Folgen für die Bauern und Primärerzeugern, die die neue Gewinnmarge von Nestlé finanzieren sollen, sorgfältig zur Kenntnis genommen wird.

Es ist nicht tragbar dabei zuzuschauen, wie riesige Konzerne und Investitionsfonds beiläufig ankündigen, dass sie sich an den Margen der Bauern bedienen, die die Nahrungsmittel erzeugen, ohne dass sich auf EU-Ebene auch nur eine einzige Stimme des Widerstands regt. Die [Konsultation der EU-Kommission zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#) endet am 17. November und wir appellieren an jeden, der Gerechtigkeitssinn hat, seine Argumente online einzureichen und allen beteiligten Parteien zu signalisieren, dass diese Art von Konzernmacht abgelehnt und beendet werden muss.

Nestlé sollte transparent erläutern, wie man diese Margen zu erwirtschaften gedenkt und wer die Rechnung dafür zahlen wird. Der Konzern sollte auch erklären, wie das mit einem schlüssigen Nachhaltigkeitsmodell vereinbar ist.

John Comer, Vorsitzender der ICMSA, Irland

Der richtige Kurs für die norwegische Landwirtschaft

Am 11. September wurde das norwegische Parlament gewählt; die Regierungskoalition aus Konservativen und Rechtsnationalen bleibt weitere vier Jahre im Amt. Die Basisorganisation Bondesolidaritet (übersetzt: Bauernsolidarität) hat die Politik und Parteien mit einem Aufruf zur internationalen Solidarität bearbeitet, die richtige Entscheidung für die

Landwirte des Landes zu treffen.

Solidarität ist ein Instrument, das dazu beitragen kann, die Bedingungen der Landwirte zu verbessern und Nahrungsmittelsicherheit für die Konsumenten zu gewährleisten.

Vor der Parlamentswahl wollte Bondesolidaritet wissen, welche Parteien sich offen mit der Landwirtschaft solidarisch erklären. So musste die Politik Farbe bekennen und sich für die Versorgung mit sicheren und gesunden Nahrungsmitteln, aktive ländliche Räume und eine flächendeckende, rentable Landwirtschaft aussprechen. Alle Parteien erhielten einen Aufruf, sich zur internationalen Solidarität zu bekennen.

Arbeiderpartiet, die norwegische Arbeiterpartei, schrieb, dass die beiden Bereiche, auf die man sich im Wesentlichen konzentrieren wolle, stärkerer Wettbewerb und die Unterstützung der Verbraucher seien. Unter den von der Partei geplanten Maßnahmen sind die Schaffung besserer Bedingungen für die Außenwirtschaft, die Steigerung der Investitionen und die technologische Modernisierung, die Steigerung der Produktion in Norwegen und mehr Forschung zum Verbraucherverhalten und Nahrungsmitteln.

Rødt, die linksgerichtete „Rote Partei“, antwortete lediglich: „Wir unterstützen die internationale Solidarität.“

Senterpartiet, die bauernfreundliche Zentrumsparterie, schrieb: „Wir unterstützen die internationale Solidarität der Landwirte. Wir möchten die Nahrungsmittelerzeugung in Norwegen ausbauen – nicht ausschalten.“

Von den anderen Parteien haben wir keine Rückmeldung erhalten. Es ist interessant, dass von den gewählten Parteien, die jetzt eine Regierung bilden können, keine reagiert hat, als Bondesolidaritet auf sie zugegangen ist. Das zeigt, dass in den nächsten vier Jahren viel Arbeit auf uns wartet. Wir schätzen daher eure Unterstützung und sind bereit, weiter für die internationale Solidarität unter Bauern zu kämpfen. Wir unterstützen die Aussage des European Milk Board, dass ein Milchpreis, der die durchschnittlichen Produktionskosten deckt, die Voraussetzung ist, damit Landwirte ein angemessenes Einkommen aus ihrer Arbeit beziehen können.

Bondesolidaritet ist eine Organisation, die sich für die Steigerung des Einkommens der Landwirte in Norwegen und international einsetzt. Sie wurde 2012 gegründet, nachdem die norwegischen Landwirte im Laufe der Zeit hinter die allgemeine Einkommensentwicklung zurückgefallen waren. Die traditionellen Verhandlungen mit der Regierung hatten für die Landwirte nicht zu einer ausreichenden Steigerung ihres Einkommens geführt.

Monica Hägglund Langen, Bondesolidaritet Norwegen

Absurdes Polittheater in der Schweizer Agrarpolitik

Die Schweizer Bevölkerung stimmte am 24. September über einen neuen Artikel in der Bundesverfassung ab. Es geht um die Ernährungssicherheit. Der Schweizerische Bauernverband hatte im Frühjahr 2016 in Rekordzeit für seine „Volksinitiative für Ernährungssicherheit“ die verlangten 100.000 Unterschriften gesammelt.

© Deborah Cordwell,
wikimedia

Diese Initiative wurde von Wirtschaftsverbänden aber auch von Umweltorganisationen hart kritisiert. Sie befürchteten einen Rückschritt in den Protektionismus. Das eidgenössische Parlament hatte daraufhin einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Gemäß der Ansicht des Bauernverbandes war dieser fast identisch mit seiner eigenen Initiative. Darum zog der Bauernverband seine Volksinitiative zurück.

Was dann geschah ist ein Lehrstück in Sachen Polittheater: Sämtliche Gegner der Bauernverbandsinitiative, auch die härtesten Kritiker der Schweizer Agrarpolitik, wechselten nun ins Lager der Befürworter des neuen Gegenvorschlages. Alle unterstützten diesen Vorschlag des Parlamentes. Es bildeten sich in der Folge drei verschiedene Ja-Komitees, von denen aber keines mit dem anderen etwas zu tun haben will: Neben einem Komitee des Bauernverbandes bildete sich eines, welches mehr Markt und mehr Nachhaltigkeit fordert. Und ein drittes sieht in dem Artikel die Chance, um in Zukunft mehr Ökologie durchzusetzen. Alle wollten bei den Siegern sein!

Das Schweizer Volk hat mit einem Ja von 78,7% dem neuen Verfassungsartikel zugestimmt. Klarheit über die Gestaltung der Agrarpolitik ist damit keine entstanden. Die Bauernfamilien werden also den Spagat zwischen mehr Deregulierung und immer höheren Auflagen weiterhin aushalten müssen.

Der neue Verfassungsartikel im Wortlaut:

Art. 104a Ernährungssicherheit ??"Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für: ??a) die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes; ?b) eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion; ?c) eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft; ?d) grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;? e) einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln."

Werner Locher, Sekretär BIG-M, Schweiz

Amerikanische Milchwirtschaft uneins in der Frage der Mengensteuerung in Kanada

abkommen NAFTA¹ zu erhalten.

Mindestens fünf Organisationen möchten die Schaffung eines Systems zur Mengensteuerung in den Vereinigten Staaten und ermahnen Washington, dieses System bei den Verhandlungen über das amerikanische Freihandels-

Ein Teil der amerikanischen Bauern erklärt seine Unterstützung für das kanadische System, das die Erzeugung von Milch, Eiern und Geflügel reguliert, und möchte nicht, dass es Zielscheibe der Unterhändler der Trump-Administration wird. Mindestens fünf Organisationen stehen im Widerspruch zur Position der großen amerikanischen Milchlobby. Ihr Standpunkt ist auch konträr zur Position der amerikanischen Regierung, die gegen das kanadische System ist und seit vielen Jahren versucht, eine Bresche zu schlagen.

„Ich würde es hassen, gegen eine Maßnahme vorzugehen, die Bauern schützen soll, wenn es genau das ist, was die Bauern hierzulande erreichen möchten“, bestätigt Darin Von Ruden, Eigentümer eines Mehrgenerationenbetriebs mit 50 Kühen und Kopf des Bauernverbands von Wisconsin. „Vielleicht ist das kanadische Mengensteuerungs-programm nicht perfekt. Aber es ist gut genug um zu gewährleisten, dass die Landwirte, insbesondere die Milchbauern, überleben und ihren Hof an die nächste Generation weitergeben können“, ergänzt er.

Das kanadische System begrenzt die Einfuhren und legt die Preise fest. Es bewahrt die Milchviehbetriebe vor dem Aus, was aber nicht verhindert, dass es Ziel vieler Kritiken wegen höherer Preise, des knapperen Angebots im Lebensmitteleinzelhandel und der Isolation Kanadas auf internationaler Ebene ist. Ottawa hat immer geantwortet, dass jedes Land eigene Wege gehe, um seine Landwirtschaft zu unterstützen. In den USA sind dies u.a. staatliche Beihilfen, wenn die Betriebe wirtschaftlich schwierige Zeiten durchleben.

Zwei weitere Organisationen haben Botschaften an die amerikanischen Unterhändler gerichtet: „Üben Sie keinen Druck auf Kanada aus, die Mengensteuerung zu schwächen“, sagen die National Family Farm Coalition (Nationales Bündnis für die bäuerliche Landwirtschaft) und das Institute for Agriculture & Trade Policy (Institut für Agrar- und Handelspolitik) in einem Brief. „Eine Schwächung des kanadischen Systems wird nicht zu einer deutlichen Steigerung der amerikanischen Exporte führen.“

Auszug aus dem Artikel „Gestion de l'offre: l'industrie laitière américaine divisée“ (Mengensteuerung: Die amerikanische Milchwirtschaft ist geteilt) von Alexander Panetta, La Presse Canadienne, Washington (18. August 2017)

¹ Wirtschaftsverband zwischen Kanada, den USA und Mexiko

"Ein Engel geht auf Reisen"

An alle Milchbäuerinnen und Milchbauern im EMB,

wir möchten uns an dieser Stelle bei allen für die übergroße Unterstützung bedanken, die wir von Euch erfahren haben, anlässlich des tragischen Todes unseres geliebten Sohnes Patrick. Nur durch Eure Unterstützung der letzten Wochen - in Wort und Tat - ist es uns möglich, die derzeitige Situation einigermaßen zu meistern.

Unsere Aussage der vergangenen Jahre, dass der EMB eine große Familie ist, durften wir nun am eigenen Leib erfahren, wenn auch wegen des schlimmsten Anlasses, den es wahrscheinlich gibt.

Vielen Dank für die unzähligen Trauerkarten, die zahlreiche Unterstützung vor Ort, die vielen Gebete für uns und natürlich auch die vielen Spenden zur Anschaffung eines Gedenksteines für Patrick.

Viele von Euch haben Patrick gekannt, manche näher, manche haben ihn bei den unzähligen Veranstaltungen der Milchbauern und Bäuerinnen getroffen. Patrick wäre gerne noch viele Male mit uns unterwegs gewesen quer durch Deutschland oder Europa. Er hat früh verstanden, dass man für seine Anliegen eintreten muss und dass es nicht reicht, sich mit dem zufrieden zu geben, was andere einem zugestehen wollen.

Wir, die gesamte Familie Lehmann, sagen Danke für die Anteilnahme und Unterstützung, die wir durch Euch bereits erfahren haben und noch erhalten werden. Wir werden Euch das niemals vergessen.

"Flieg, kleiner Engel, flieg"

Stefan, Elfriede, Tanja, Florian, Steffi, Oma und Opa

European Milk Board ASBL

Rue de la Loi 155

B-1040 Bruxelles

Tel: +32 (0)2808 1935

Fax: +32 (0)2808 8265

Mail: office@europeanmilkboard.org

Document-URL: <http://www.europeanmilkboard.org/https://www.europeanmilkboard.org/deutsch/newsletter-oktober-2017.html>